

Pressemitteilung

SPERRVERMERK, 16. Juni 2020, 10:00 Uhr

Friedensgutachten 2020 / Eine neue Welle des Rechtsterrorismus

Berlin, 16. Juni 2020. Neue Tätertypen, neue Formen von Anschlägen, neue transnationale Vernetzungen und immer neue Formen der Mediennutzungen – die Zahl opferreicher terroristischer Anschläge durch rechtsextreme Täterinnen und Täter hat in den vergangenen Jahren im Westen deutlich zugenommen, konstatieren die Herausgeber und Herausgeberinnen der führenden deutschen Friedensforschungsinstitute in ihrem aktuellen Friedensgutachten.

Deutschland ist europaweit das Land mit den meisten Fällen rechtsextremer Gewalt

„Migranten und Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen jüdischen Glaubens, Kommunalpolitiker und Medienschaffende sind zunehmend Zielscheiben rechtsextremer Drohungen und Angriffe.“ Ihr Schutz sollte das oberste Gebot sein, so die Herausgeberinnen und Herausgeber des Friedensgutachtens. Angriffe wie diese gilt es klar zu benennen und dagegen anzugehen: **„Sie sind mit der gleichen Entschlossenheit als terroristisch einzustufen und zu bekämpfen wie terroristische Gewalt aus anderen Spektren.“** Der Kampf gegen Rechtsextremismus und -terrorismus muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe begriffen werden, fordern die Friedensforschungsinstitute.

Analysefähigkeiten und internationale Kooperationen stärken - verfügbare Instrumente konsequenter anwenden

Polizei und Justiz verfügen durchaus über Instrumente, um Hassrede zu verfolgen und zu sanktionieren. Diese werden aber nicht konsequent genug angewendet, bemängeln die Autorinnen und Autoren: **„Die Defizite bei der Rechtsdurchsetzung sind nicht hinnehmbar.“** Im Kampf gegen Radikalisierung sollten die Behörden sich auch verstärkt um Online-Milieus kümmern: **„Um der Dynamik rechtsextremer Gewalt Herr zu werden, sollte das Augenmerk der Behörden verstärkt den radikalen Online-Milieus gelten, von denen die**

Täter sich ermutigt fühlen und die sie zur Selbstinszenierung nutzen.“ In der Bekämpfung dieser Milieus fordern die Friedensforscherinnen und Friedensforscher die Analysefähigkeiten der Sicherheitsbehörden zu stärken und gezielt in diesem Bereich zu forschen. Zusätzlich raten sie zu einem Ausbau der internationalen Kooperation, um digitale Hasskulturen auch über Grenzen hinweg bekämpfen zu können: **„Um ihre Dynamik zu brechen, sollten Staaten zusammenarbeiten und rechtsfreie Räume schließen, in denen zur Militanz aufgerufen wird.“**

Manipulation stoppen und Sicherheitsapparate durchleuchten

„Die Opfermythen der Rechtsterroristen finden in den sozialen Medien weite Verbreitung“, stellen die Herausgeber und Herausgeberinnen fest. Um diese Manipulationen zu verhindern, ist eine bessere Medienkompetenz nötig sowie die Zusammenarbeit staatlicher, nichtstaatlicher und wirtschaftlicher Akteure. Zusätzlich fordern sie eine genaue Durchleuchtung der Sicherheitsapparate auf rechtsextreme Elemente: **„Rechtsextreme Strukturen und Affinitäten bis hinein in den Verfassungsschutz, die Polizei und die Bundeswehr müssen aufgedeckt werden.“**

Das Friedensgutachten 2020 ist am 16. Juni auf der Bundespressekonferenz in Berlin vorgestellt worden. Unter dem Titel „Im Schatten der Pandemie: letzte Chance für Europa“ fordern die führenden deutschen Friedensforschungsinstitute von der Bundesregierung, sich in der EU und weltweit nicht nur bei der Bekämpfung von CoViD-19 noch intensiver für kooperative Lösungen einzusetzen. Sie warnen vor der Gefahr, dass sich durch die Pandemie Gewaltkonflikte verschärfen oder andere neu entstehen und humanitäre Notlagen zunehmen. Sie mahnen an, andere wichtige, globale Themen nicht aus den Augen zu verlieren - etwa den Klimaschutz, den Einsatz für Freiheitsrechte oder den Kampf gegen Hetze im Internet und für mehr Cybersicherheit. Auch der Umgang mit Massenprotestbewegungen und die weiter zunehmende Rivalität zwischen den Großmächten müssen auf der politischen Agenda bleiben. Anstatt in nationalen Alleingängen liegen auch in diesen friedenspolitischen Feldern die Chancen allein in einer verstärkten multilateralen Zusammenarbeit, für die die Bundesregierung noch aktiver werden muss.

Das Friedensgutachten ist die jährlich erscheinende Publikation des BICC (Bonn International Center for Conversion), des Leibniz-Instituts Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF) und des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH). Es analysiert

aktuelle Gewaltkonflikte, zeigt Trends der internationalen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik auf und gibt Empfehlungen für die Politik.

Kontakt

Barbara Dörrscheidt

Ansprechpartnerin für Presseanfragen

doerscheidt@hsfk.de

Telefon +49 69 959104-13

www.friedensgutachten.de

Twitter: [@PeaceReport](https://twitter.com/PeaceReport) #friedensgutachten2020

Veranstaltungen

Im Anschluss an die Bundespressekonferenz stellen die Institute das Friedensgutachten in Berlin bei Ministerien und Fraktionen der Parteien vor. Am Dienstag, den 16. Juni 2020 diskutieren die Herausgeberinnen und Herausgeber das Friedensgutachten 2020 beim Abendforum der Evangelischen Akademie zu Berlin in einem digitalen Format. Interessierte Bürgerinnen und Bürgern sind zum politischen Dialog eingeladen. Informationen zu dieser und weiteren Veranstaltungen unter www.friedensgutachten.de

Das Friedensgutachten



Seit 1987 veröffentlichen die deutschen Friedensforschungsinstitute das Friedensgutachten als zentrales Medium für den Dialog zwischen Wissenschaft und Politik. Mit seinen klaren Empfehlungen transferiert das Friedensgutachten wissenschaftliche Erkenntnisse in praktische Handlungsanweisungen. Interdisziplinäre Autorentams aus Politikwissenschaft, Soziologie, Ethnologie, Physik und Regionalwissenschaften arbeiten gemeinsam an den Kapiteln und bringen dabei verschiedene Blickwinkel ein.

Die Themen gliedern sich in die fünf jährlich wiederkehrenden Themenfelder „Bewaffnete Konflikte“, „Nachhaltiger Frieden“, „Rüstungsdynamiken“, „Institutionelle Friedenssicherung“ und „Transnationale Sicherheitsrisiken“. Im zusätzlichen Kapitel, „Fokus“, wird ein Thema des aktuellen Konfliktgeschehens tiefergehend beleuchtet. Das Friedensgutachten wird von der

Deutschen Stiftung Friedensforschung gefördert.

Das Friedensgutachten erscheint im transcript-Verlag. Die Printversion (ISBN: 978-3-8376-5381-6) ist im Buchhandel für 15 Euro erhältlich. Die digitale Version (ISBN: 978-3-8394-5381-0) ist kostenfrei zugänglich (open access) unter <https://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-5381-6/friedensgutachten-2020/> sowie auf www.friedensgutachten.de